



»Wir sind enttäuscht und unzufrieden«

»Wir sind enttäuscht und unzufrieden« kommentieren die beiden großen Kirchen die Aussagen der neuen Bundesregierung zur Gestaltung der Rüstungsexportkontrolle im Koalitionsvertrag. Die Kirchen bezeichnen die Rüstungsexportpolitik als einen »Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik als Friedenspolitik«. Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem 108 Seiten umfassenden 13. Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

Drittgrößter Waffenexporteur weltweit

Obwohl Deutschland bei den Lieferstaaten im weltweiten Vergleich auf Platz 3 liegt, will die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag Wettbewerbshindernisse für deutsche Rüstungshersteller aufheben und die Ausfuhr von Dual-use-Gütern erleichtern. Flankiert werden diese Ankündigungen von Absichtsbekundungen, Luftfahrt und Schiffsbauindustrie zu fördern, Systemführerschaft bei Waffenproduktionen anzustreben und Beschaffungen bei der Bundeswehr in Zusammenhang mit Exportmöglichkeiten von Rüstungsgütern zu stellen.

Begründet wird dies mit »Interessen unseres Landes«. Ohnehin steht die Rede von »nationalen Interessen« hoch im Kurs. Die Absicht, die Rüstungsindustrie zu fördern, schlägt sich in zahlreichen Formulierungen des Koalitionsvertrages nieder. Sie betonen den hohen Stellenwert der Absichten, etwaige Wettbewerbsnachteile deutscher Anbieter zu beseitigen. Dabei

taucht an mehreren Stellen das Stichwort vom anzustrebenden »level playing field« auf. Es besagt, dass alle Unternehmen unter gleichen Voraussetzungen und Bedingungen um Rüstungsaufträge konkurrieren und nicht einseitig von staatlicher Seite behindert werden sollen.

Hermes-Bürgschaften sollen erleichtert werden

Den Aussagen des Koalitionsvertrages zufolge ist zu erwarten, dass die Praxis staatlicher Ausfallbürgschaften (Hermes-Kredite) für Rüstungsexportgeschäfte fortgesetzt und der Zugang zu solchen Bürgschaften erleichtert werden soll. Als Begründung wird hier auch die Sicherung hochwertiger Beschäftigung angeführt. Diese Tendenzen widersprechen den Passagen zur Rüstungsexportpolitik im Abschnitt »Außen- und Sicherheitspolitik« des Koalitionsvertrages. Dort heißt es, man wolle an den derzeitigen Rüstungsexportbestimmungen festhalten und sich für eine Harmonisierung der Exportkriterien auf europäischer Ebene einsetzen. Unter welchen Vorgaben bleibt offen.

Friedens- und entwicklungspolitische Aspekte vernachlässigt

Das Nebeneinander dieser beiden Signale lässt keine politische Entscheidung erkennen, die aber erforderlich wäre, um der starken Beteiligung Deutschlands an der weltweiten Rüstungsspirale entgegenzusteuern.

Ohne Rüstung Leben Stichworte

Waffenhandel – konventionelle Rüstungsgüter 2005–2009

Anteil am Welthandel in Prozent

Größte Exporteure

USA	29,8
Russland	23,5
Deutschland	10,7
Frankreich	8,0
Großbritannien	4,1
Niederlande	3,7
Italien	2,6
Spanien	2,6
China	2,4
Schweden	1,8

Größte Importeure

China	9,4
Indien	7,2
Südkorea	6,1
Ver. Arab. Emirate	5,6
Griechenland	4,9
Israel	3,4
Singapur	3,3
USA	3,0
Algerien	2,9
Pakistan	2,8

Deshalb kritisiert die GKKE die vorrangige Ausrichtung der Rüstungsexportpolitik der neuen Bundesregierung an außenwirtschaftlichen und industriepolitischen Gesichtspunkten und die Vernachlässigung friedens- und entwicklungspolitischer Dimensionen.

Wer regionalen Rüstungsspiralen im Nahen und Mittleren Osten, in Süd- und Südostasien oder im südlichen Amerika entgegenzutreten will, sollte mit Rüstungsgeschäften nicht noch deren Dynamik antreiben. Die Rüstungsexportpolitik ist ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik als Friedenspolitik. In diesem Sinne muss das deutsche Rüstungsexportkontrollregime gestärkt werden. Dazu schlägt die GKKE unter anderem vor:

■ Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages stärken

In der zurückliegenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (2005–2009) hat die Thematik der deutschen Rüstungsexporte im Bundestag nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das zeigte sich an der stiefmütterlichen Behandlung der offiziellen Rüstungsexportberichte ebenso wie bei der Beantwortung von Anfragen, die Oppositionsparteien zu einzelnen Rüstungsgeschäften eingebracht hatten. Im Vergleich mit vorangegangenen Legislaturperioden ist ein Verlust an Transparenz eingetreten. Die GKKE hält es für geboten, die Mitwirkungsrolle des Bundestages bei der Gestaltung der deutschen

Rüstungsexportpolitik zu stärken. Dies schließt ein, das Parlament nicht nur nachträglich und auf verschlungene Weise über getroffene Exportentscheidungen zu informieren. Denkbar wäre zum Beispiel, den Unterausschuss »Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung« des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Ihm könnte die Möglichkeit zugestanden werden, einen Genehmigungsvorbehalt gegenüber einem Exportvorhaben auszusprechen, der nur durch eine Mehrheitsentscheidung des Bundestages aufgehoben werden kann.

■ Zeitnah über Rüstungsausfuhren berichten

Angesichts der von der GKKE immer wieder beklagten Praxis der Bundesregierung in den zurückliegenden Jahren, die Vorlage ihres Rüstungsexportberichtes immer weiter hinauszuzögern, hält es die GKKE für geboten, zu einer zeitnahen Berichterstattung zurückzukehren. Parallel zum jährlichen Abrüstungsbericht der Bundesregierung sollte auch der offizielle Rüstungsexportbericht bis zum 30. Juni des darauffolgenden Jahres dem Bundestag und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Beispiele für problematische Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte

Genehmigungswerte nach Rüstungsexportbericht 2008

Land	Menschenrechtssituation	Interne Gewaltkonflikte	Gefahr der Unverträglichkeit von Rüstung und Entwicklung	Wert deutscher Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter 2008 (in Mill. Euro)
Afghanistan	sehr schlecht	ja	–	33,5
Ägypten	sehr schlecht	teilweise	groß	33,5
Angola	sehr schlecht	teilweise	groß	6,8
Brasilien	sehr schlecht	teilweise	gering	17,7
Georgien	schlecht	teilweise	groß	2,5
Indien	sehr schlecht	ja	mittel	51,8
Indonesien	sehr schlecht	teilweise	gering	7,7
Israel	sehr schlecht	ja	gering	25,1
Kolumbien	sehr schlecht	ja	gering	18,5
Malaysia	sehr schlecht	nein	gering	21,3
Nigeria	sehr schlecht	ja	gering	5,3
Oman	sehr schlecht	nein	groß	22,4
Pakistan	sehr schlecht	ja	groß	93,3
Russland	sehr schlecht	teilweise	gering	40,9
Saudi Arabien	sehr schlecht	teilweise	gering	170,3
Singapur	sehr schlecht	nein	gering	349,7
Thailand	sehr schlecht	ja	gering	13,4
Türkei	sehr schlecht	ja	gering	43,6
Venezuela	sehr schlecht	ja	gering	9,0
Ver. Arabische Emirate	sehr schlecht	nein	gering	142,1

Quelle: Rüstungsexportbericht 2009 der GKKE, S. 40



Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel: Taufe des ersten Brennstoffzellen-U-Bootes »HS Papanikolis« für die Lieferung an die griechische Marine Foto: dpa

■ Keine staatlichen Ausfallbürgschaften für Rüstungsausfuhren

Die GKKE hält daran fest, dass Rüstungstransfers nicht durch staatliche Ausfallbürgschaften (Hermes-Kredite) abgesichert werden sollen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, deutsche Unternehmen werden von Risiken entlastet und damit Rüstungsgeschäfte staatlich subventioniert. Deshalb schlägt die GKKE vor, vergleichbar mit dem bereits geltenden Ausschluss der Absicherung von Geschäften mit Nukleartechnologie bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen die Exportförderung für Kriegswaffen und Rüstungsgüter ebenso zu untersagen wie für Dual-use-Güter mit militärischer Verwendung. Solange das Verbot von Ausfallbürgschaften für Rüstungsausfuhren nicht erreicht ist, sollte die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht über finanzielle Absicherungen von Rüstungslieferungen Auskunft geben und diese begründen.

■ Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bei Rüstungsgeschäften verringern

Bisherige Bundesregierungen haben immer wieder darauf verwiesen, sie müssten ihr bekannte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse schützen. Dies wirkt angesichts der ausgeprägten Neigung von Rüstungsherstellern zur Selbstdarstellung in der Fachpublizistik und auf internationalen Rüstungsmessen überholt. Informationen über sich anbahnende Rüstungsgeschäfte sind zudem auf dem Medienmarkt ohnehin vorhanden. Der Bundesregierung ist anzuraten, für den Rüstungssektor Ausnahmen im gültigen Verwaltungsverfahrensgesetz gesetzlich zu verankern. Das verspricht einen erheblichen Zuwachs an Transparenz und Glaubwürdigkeit im Umgang mit Rüstungslieferungen.

Exportschlager U-Boote

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung **16.054 Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter in Höhe von 5,78 Milliarden Euro** erteilt. Dies entspricht einem Anstieg der Genehmigungswerte um 36,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem Wert von 1,67 Milliarden Euro stellen die Ausfuhrgenehmigungen für Kriegsschiffe (u. a. U-Boote) die größte Einzelposition dar.

Der deutsche U-Boot-Bau ist eindeutig exportorientiert. Seit 1960 hat die Bundesmarine lediglich 36 U-Boote bestellt. In der gleichen Zeit haben deutsche Hersteller 117 U-Boote ins Ausland verkauft. Von den 36 Staaten, die weltweit über nicht-nukleare U-Boote verfügen, haben mehr als die Hälfte U-Boote deutscher Herkunft im Einsatz. Deutsche U-Boote wurden in jüngerer Zeit oder werden demnächst u. a. nach Griechenland, Portugal, Pakistan, Südafrika, Israel, Italien, Südkorea und in die Türkei exportiert.

Durch ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten auf See und in Küstengewässern, neue Antriebe und die relative Unentdeckbarkeit haben sich U-Boote zu wahren Kampfmaschinen entwickelt. Sie eignen sich mit ihren Abschussvorrichtungen für Raketen und Lenkkörper zur See-, Land- und Luftkriegsführung.

Für die GKKE hat der bisher gültige Grundsatz »Alles, was schwimmt, geht« mit den technologischen Durchbrüchen im Bau und Einsatz dieser Waffen ausgedient. Eine gezielte Nicht-Verbreitungspolitik für U-Boote »tut Not«, um regionalen Rüstungsspiralen entgegen zu wirken. Angesichts dessen ist für die Bundesregierung eine »Kultur der Zurückhaltung« bei der Genehmigung der Ausfuhr von U-Booten angezeigt.



Holger Rothbauer

Die »Fachgruppe Rüstungsexporte« der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) legt seit 1997 jährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Dieser stellt öffentlich verfügbare Informationen über die deutschen Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern zusammen und ordnet sie in das politische Umfeld ein. Er versteht sich auch als Reaktion auf die jährlichen Rüstungsexportberichte der Bundesregierung. Dies geschieht in der Absicht, den Stellenwert der deutschen Rüstungsausfuhren im Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik herauszuarbeiten und um die Grundlagen für einen Dialog mit den Trägern politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Verantwortung bereitzustellen. Der »Fachgruppe Rüstungsexporte« gehören Vertreter der Kirchen, Fachleute aus wissenschaftlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen an. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird von Holger Rothbauer vertreten.

■ Den Streit um Zahlen und Daten offen austragen

Die politische und ethische Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik leidet über weite Strecken unter dem anhaltenden Streit über die verfügbaren Daten zu beabsichtigten oder vollzogenen Rüstungstransfers. Inhaltliche Auseinandersetzungen werden durch den Streit über die Aussagekraft des zugrunde liegenden Datenmaterials überlagert. Insgesamt gerät in solchen Kontroversen die Bewertung von friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Implikationen von Rüstungstransfers in den Hintergrund.

Unter der Voraussetzung, dass ein Höchstmaß an Transparenz der Rationalität der Debatte dient und ein Abwägen der Vor- bzw. Nachteile der Transfers erleichtert, rät die GKKE der Bundesregierung, sich offen auf die Diskussion über Daten offizieller, wissenschaftlicher oder anderer Herkunft, z. B. von Rüstungsherstellern, einzulassen und ihren Teil zur Aufklärung beizutragen. Dazu regt die GKKE an, in einem öffentlichen Symposium die unterschiedlichen Verfahren und Bewertungskriterien von Rüstungsgeschäften zur Diskussion zu stellen und die Ergebnisse in der eigenen Berichterstattung über die deutschen Rüstungsausfuhren zu berücksichtigen. An einem solchen Austausch sind auch Parlamentarier zu beteiligen, um eine sachkundige Erörterung rüstungsexportpolitischer Entscheidungen im Bundestag zu fördern.

Redaktion: Paul Russmann

- Der vollständige Rüstungsexportbericht 2009 der GKKE kann kostenlos als PDF-Datei unter <http://www3.gkke.org/53.html> bezogen werden.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 108 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – mit dem Bestellabschnitt unten bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Dieses Stichwort wird herausgegeben von der **Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben**. Finanziell gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Weitere Informationen: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Telefax 0711 608357, orl-info@gaia.de. Wenn Sie Ohne Rüstung Leben finanziell unterstützen wollen, überweisen Sie bitte eine Spende auf unser Konto bei der Postbank Stuttgart, Kto. Nr. 111 833-700, BLZ 600 100 70 (IBAN: DE3660010070011833700, BIC: PBNKDEFF).



Rückmeldeabschnitt

- Bitte informieren Sie mich regelmäßig mit Ihren kostenlosen Rundsendungen über die Arbeit der **Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben**.

Bitte senden Sie mir kostenlos:

- Stück dieses **Ohne Rüstung Leben-Stichwortes zum Rüstungsexportbericht 2009 der GKKE**.
- ein Exemplar der gedruckte Version des **»Rüstungsexportbericht 2009 der GKKE«** (Broschüre, DIN A5, 108 Seiten, 2009)

Absender/-in

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum

Unterschrift